

AUSGABE 10 | 2021

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

41. HAUPTVERSAMMLUNG DES DEUTSCHEN STÄDTETAGES IN ERFURT

Editorial

Bericht von der Hauptversammlung

Eröffnungs-Presskonferenz

Rede des scheidenden Städtetags-
präsidenten, Oberbürgermeister
Burkhard Jung, Leipzig

Rede der Bundeskanzlerin
Angela Merkel

Begrüßung durch Oberbürgermeister
Andreas Bausewein, Erfurt

Grußwort des Thüringer
Ministerpräsidenten Bodo Ramelow

Rede des Städtetags-
Hauptgeschäftsführers Helmut Dedy

Wahl der Städtetagsspitzen

Abschlussrede des neuen Städtetags-
präsidenten, Oberbürgermeister
Markus Lewe, Münster

Erfurter Erklärung

Personalien

Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Erfurt

„Was das Leben ausmacht. Die Städte in Deutschland.“ Dieses Motto der Hauptversammlung war sehr bewusst gewählt. Bei den gemeinsamen drei Tagen in Erfurt haben wir gespürt, welche Kraft in den Städten steckt. Was das Leben ausmacht? Wir können selbstbewusst sagen, die Städte sind Teil davon. Wir sind inmitten von großen Transformationen, die uns alle betreffen: Klimaschutz, Digitalisierung, gesellschaftlicher Zusammenhalt, um nur einige zu nennen. Hier wollen und müssen wir gestalten. Ohne die Städte geht es nicht. Das haben wir auch der neuen Ampel-Koalition ins Stammbuch geschrieben.

Was uns akut in Atem hält, ist die aktuelle Entwicklung der Covid-19-Pandemie. Wir müssen es schaffen, die vierte Welle zu brechen und eine Überlastung unseres Gesundheitssystems zu verhindern. Die Städte sind bereit, sich mit ganzer Kraft zu engagieren und einzubringen, beim Impfen, bei der Kontaktnachverfolgung und mit ihrer gesamten Expertise.

Neben Corona bleiben den Städten weitere große Themen. Das haben wir bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Erfurt diskutiert. Vieles davon ist miteinander verwoben. Natürlich wird der Klimaschutz in allen Facetten künftig eine entscheidende Rolle spielen. Das wirkt sich aus auf die Wirtschaft, auf das Soziale, auf das kommunale Miteinander. Es geht um die Entwicklung neuer Technologien, um nachhaltige Energieerzeugung und Speicherung, um Wärme-konzepte, die den Energieverbrauch reduzieren, um Strategien zur Klimaanpassung und um klimaschonende Mobilität. Mein Wunsch wäre, dass wir beim Klimaschutz wegkommen von ewigen Zieldiskussionen und hin zu konkreten Maßnahmen. Und dass wir als Städte dabei gehört werden von Bund und Ländern, dass wir mehr Beinfreiheit kriegen, schneller werden beim Planen und mehr gestalten können.

Wichtig ist auch, glaube ich, dass wir uns als Städte bei den globalen Herausforderungen international stärker vernetzen. Es hilft sicher, wenn Städte weltweit Ideen entwickeln, wie man den Klimaschutz und die Klimaanpassung bewältigen kann. Wenn diese Ideen dann wie Pilze aus dem Boden sprießen und wenn wir dann alle voneinander lernen. Das ist es, was wir brauchen.

TITELFOTO

Bundeskanzlerin per Live-Schalte.

Die zum Zeitpunkt der Hauptversammlung amtierende Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte ihren fest geplanten Besuch in Erfurt kurzfristig absagen müssen. Sie spricht stattdessen per Video-Live-Schalte zu den 800 Delegierten und Gästen in der Messehalle Erfurt.

Ihre und weitere Reden bei der 41. Hauptversammlung sind auf der Homepage des Deutschen Städtetages aufrufbar:

➔ www.staedtetag.de/daswardiehv2021

(Foto: Paul Philipp Braun)



Der neu gewählte Städtetagspräsident, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, während der Abschlusspressekonferenz der Hauptversammlung in Erfurt (Foto: Paul Philipp Braun)

Gleichzeitig bleibt es für die Städte in Deutschland elementar, die aktuellen Probleme vor Ort anzugehen. Mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, die Mobilitätswende fortzuführen, Bildungsangebote und Bildungsgerechtigkeit zu verbessern, Verwaltungsleistungen bürgerfreundlich zu digitalisieren und Prozesse zu verschlanken. Hier ist es mit unserer Hauptversammlung eindrucksvoll gelungen, in Richtung Ampel-Koalition und neue Bundesregierung und zu den Spitzen der Länder starke Botschaften zu senden.

Klar wurde aber auch: Die aktuellen Herausforderungen verlangen auch von uns in den Rathäusern und Ämtern innovative Lösungsansätze: Wir brauchen agile Verwaltungen, weil wir nur dann ein moderner, innovativer Dienstleister für die Menschen und die Unternehmen vor Ort sein können.

Erfurt war trotz der besonderen Umstände der Pandemie eine famose Gastgeberstadt. Die Messe mit ihren großen, gut belüfteten Hallen war als Tagungsort bestens geeignet, um eine verantwortungsvolle Mischung hinzubekommen aus inspirierender persönlicher Begegnung der kommunalen Familie mit den notwendigen Corona-Abständen und unter 2-G-Plus Bedingungen. Dafür danken wir sehr.

Ihr Markus Lewe
Präsident des Deutschen Städtetages



Was das Leben ausmacht. Die Städte in Deutschland

Von Uwe Schippmann

„Wir haben es uns wirklich nicht leicht gemacht mit der Entscheidung. Aber ich finde es gut, Sie persönlich zu sehen und in Präsenz zu sehen. Herzlich willkommen in Erfurt Ihnen allen.“ Mit diesen Worten begrüßte der zu diesem Zeitpunkt noch amtierende Städtetagspräsident, Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig, rund 800 Teilnehmende und Gäste in der Messe der Thüringischen Landeshauptstadt, dem Tagungsort der 41. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Jung dankte dem Gastgeber, Erfurts Oberbürgermeister Andreas Bausewein, für dessen Gastfreundschaft. Er zeigte sich erfreut, dass dies möglich war, obwohl insgesamt zweimal wegen der Corona-Pandemie verschoben werden musste.

„Wir gehen verantwortlich und sorgfältig mit der Situation um. Wir haben die Zahl der Delegierten halbiert. Wir haben auf 2G+ gesetzt. Wir halten Abstand. Wir haben das Programm verschlankt. Und insofern stehen wir dazu: Wir brauchen dieses Podium, um uns auszutauschen“, begründete Jung die Entscheidung, an diesem Veranstaltungstermin festgehalten zu haben. In Anlehnung an den Philosophen Sören Kierkegaard meinte er: „Was das Leben ausmacht“ – das Motto der Hauptversammlung – werde von jedem und jeder etwas anders beantwortet. Was das Leben ausmacht, sei in jedem Fall auch Begegnung, so Jung: „Alles kann der Mensch entbehren, nur den Menschen nicht“. Wer nicht vor Ort dabei sein konnte, hatte die Möglichkeit sich im Livestream zuzuschalten.



Durch die Hauptversammlung führte die Fernsehmoderatorin Susan Link. (Foto: Paul Philipp Braun)

Delegierte auf dem Weg zum Forum Digitale Stadt (Foto: Vitalik Gürtler)

Die Hauptversammlung fiel in die spannende letzte Phase der Koalitionsverhandlungen in Berlin. „Was wollen wir denn der Ampel mit auf den Weg geben?“ laute eine wichtige Frage, auf die während der Hauptversammlung Antworten gefunden werden sollten, so Jung. Immerhin beginne mit der nächsten Bundesregierung nach 16 Jahren mit Bundeskanzlerin Angela Merkel ein neuer Abschnitt und da gelte es, sich in der kommunalen Familie miteinander abzustimmen und wichtige Punkte in Richtung Bund klar und deutlich zu benennen. Jung äußerte seine Freude darüber, dass sich die amtierende Bundeskanzlerin nach der kurzfristigen Absage ihres persönlichen Besuchs, zu einer Teilnahme per Live-Zuschaltung entschieden habe.

Hauptrednerinnen und -redner der 41. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Erfurt waren neben den Spitzen des Städtetages die amtierende Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (Seite 8-9) und der Thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow (Seite 10-13). Ein Grußwort an die Teilnehmerinnen

und Teilnehmer gab es von Erfurts Oberbürgermeister Andreas Bausewein (Seite 10). Der langjährige frühere Städtetagspräsident und Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Ulrich Maly, wurde von den Delegierten zum Ehrenmitglied des Deutschen Städtetages gewählt. Durch das Programm führte die Fernsehmoderatorin Susan Link.

In vier teilweise mit Stadtspitzen und Expertinnen und Experten prominent besetzten Foren ging es an einem Nachmittag um die Themen „Mehrwert Innenstadt – alles neu?“, „Klimawandel aktiv gestalten“, „Vernetzt, digital, souverän – die Stadt der Zukunft“ sowie „Frauen in der (Kommunal)Politik – Herausforderungen und Chancen“. Im Anschluss daran führten 16 Exkursionen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Hauptversammlung zu sehenswerten Orten in Erfurt mit interessanten kommunalen, historischen, wirtschaftlichen, städtebaulichen und wissenschaftlichen Bezügen.

Der Abschlusstag der Hauptversammlung in Erfurt stand im Zeichen der Wahl der neuen



Auftaktpressekonferenz mit dem turnusgemäß scheidenden Städtetagspräsidenten Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig (Mitte), Oberbürgermeister Andreas Bausewein aus Erfurt (links), Städtetagsvizepräsident Markus Lewe aus Münster (verdeckt), Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy (rechts) stellv. Pressesprecherin Daniela Schönwälder.
(Foto: Vitalik Gürtler)

Städtetagsspitze. Zudem wurde eine Erfurter Erklärung verabschiedet (Seite 16-17). Zum neuen Präsidenten des Deutschen Städtetages wurde Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster gewählt, zum Vizepräsidenten Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig (Seite 14-15). In einer Podiumsdiskussion mit jungen Politikerinnen und Politikern der künftigen Ampelkoalition ging es unter anderem um die Frage, welche Rolle die jungen Generationen und ihre Themen für die kommende Regierungsarbeit spielen.

Pressekonferenz am Vortrag der Hauptversammlung

„Behaltet die Städte im Blick. Dort leben die meisten Menschen in Deutschland“, erklärte während der Pressekonferenz am Vortrag der Hauptversammlung der turnusgemäß scheidende Städtetagspräsident, Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig. Er machte deutlich, dass sich die Städte zu ihrer Verantwortung für den Klimaschutz bekennen und es ohne die Städte keine Klimaneutralität in Deutschland geben könne: „Wir in den Kommunen haben die Instrumente vor Ort: Wir wollen Gebäude energieeffizient sanieren, ohne dass die Mieten in die Höhe schnellen. Unsere Stadtwerke haben die Kraft, um über Wärmenetze große Teile des Gebäudebestandes CO₂-frei zu machen. Wir schaffen Ausgleichsflächen, Frischluftschneisen und die Schwammstadt.“

Gleichwohl könnten Klimaschutz und Energiewende nicht einfach vom Bund bestellt werden. Jung forderte den Bund auf, ein Finanzierungsprogramm für den kommu-

nalen Klimaschutz und die Klimaanpassung aufzulegen – in zweistelliger Milliardenhöhe jährlich. Außerdem forderte er von den Koalitionsparteien, die Mittel des Bundes für den sozialen Wohnungsbau von derzeit 1 Milliarde Euro pro Jahr deutlich anzuheben. Das sei nötig, um den starken Rückgang der Zahl der Sozialwohnungen umzukehren. Zwischen 2002 und 2020 ist der Bestand an Sozialwohnungen um rund 1,5 Millionen geschrumpft. „Wir brauchen den sozialen Wohnungsbau in den Städten, um den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft zu stärken“, sagte Jung.

Der zum Zeitpunkt der Auftaktpressekonferenz noch als Vizepräsident des Deutschen Städtetages amtierende Oberbürgermeister Markus Lewe warb für mehr Engagement für eine nachhaltige, klimafreundliche Mobilität. Die Städte seien seit längerem dabei, die Verkehrswende umzusetzen. Sie bauten den Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) aus, setzten auf moderne, emissionsfreie Busse und Bahnen, gepaart mit mehr Rad- und Fußwegen. Mit innovativen Konzepten und Angeboten förderten sie den Umstieg von mehr Menschen weg vom eigenen Auto: „Die Städte haben sich auf diesen Weg gemacht, aber allein können sie den Abschied vom Verbrennungsmotor nicht wuppen“ so Lewe. Wenn sich die Ampel-Parteien auf weniger CO₂-Ausstoß im Verkehr im Koalitionsvertrag verständigten, müsse aber auch der Weg dahin und die Finanzierung klar beschrieben sein. „Wir brauchen eine Investitionsoffensive von Bund, Ländern und Kommunen – mit einer kräftigen Finanzspritze aus Berlin“, fasste es Lewe zusammen.

Der Bund müsse zudem die bewährten Regionalisierungsmittel von jetzt 9 Milliarden Euro ab 2022 für Busse und Bahnen Jahr für Jahr um 1,5 Milliarden Euro erhöhen. Und der Bund müsse sich an den Investitions- und Betriebskosten im Nahverkehr stärker beteiligen. Sonst halten die Städte die Vorgaben für den Klimaschutz im Verkehrssektor für nicht erreichbar. Nötig sei außerdem, die verschiedenen Verkehrsmittel besser digital zu verzahnen, sie kundenfreundlicher zu takten und die Stadt-Umland-Verbindungen zu verbessern.

Rede des scheidenden Städtetagspräsidenten, Oberbürgermeister Burkhard Jung

„Ich bin faktisch mit der Pandemie gestartet“, sagte der turnusgemäß scheidende Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Burkhard Jung, zu Beginn seiner Rede rückblickend auf seine Amtszeit und merkte an: Corona sei leider noch nicht überstanden. Als „wertvoll“ charakterisierte er die regelmäßigen Gespräche zur Pandemie mit der Bundesregierung, der Bundeskanzlerin und vielen Bundesministerinnen und -ministern und lobte den engen und guten Austausch. „Dies sollten wir uns unbedingt bewahren!“, so Jung.

Mit der Corona-Pandemie seien Fragen des Gemeinwohls „nach vorne gerückt“ und das

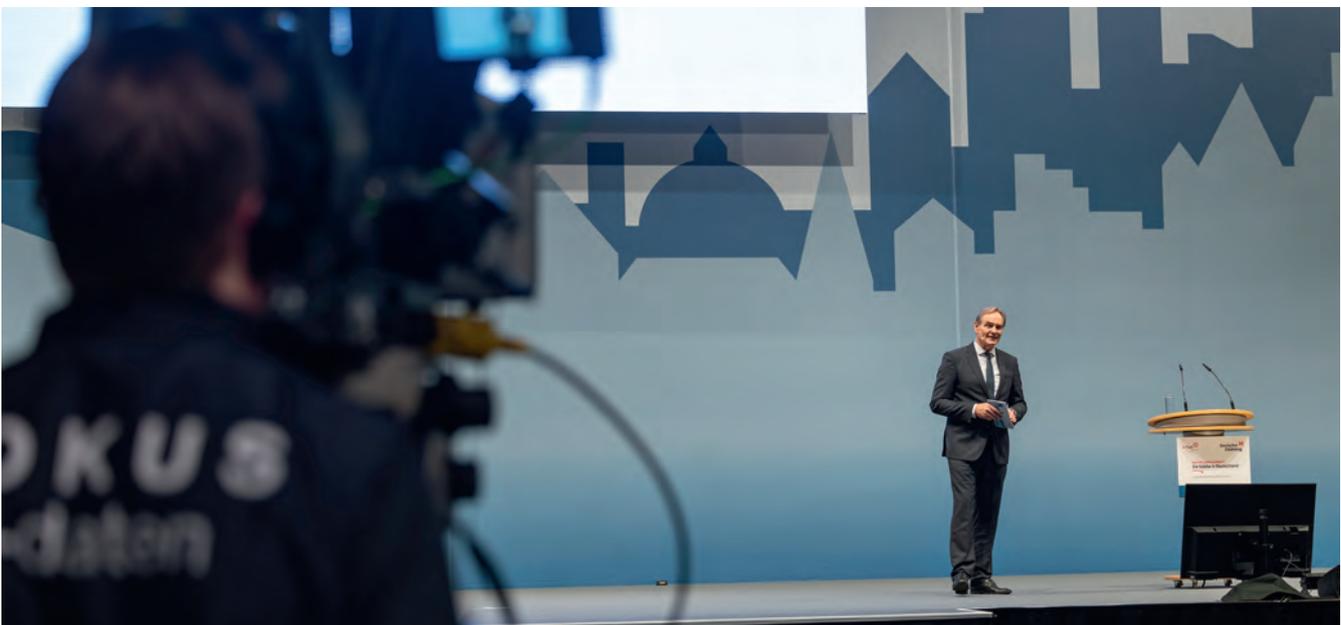
friedliche, soziale Miteinander auf die Probe gestellt worden. Das „Mein-Wohl“ habe verstärkt Einzug gehalten, nannte es Jung. Immer wieder entstünde der Eindruck, Gemeinwohl und Einzelwohl widersprächen einander. Das sei ein fatales Signal. Das Gemeinwohl und das Wohl des Einzelnen dürfe nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das Wohl der Gemeinschaft sei nicht der Gegenspieler des Einzelwohls, sondern seine Basis. „Ohne ein ‚Wir‘ kann es in unserer Gesellschaft kein ‚Ich‘ geben“, so Jung.

„Wir wollen vor Ort gestalten – in den Städten werden die Herausforderungen unserer Zeit angepackt.“

Oberbürgermeister Burkhard Jung bei seiner Rede als turnusgemäß scheidender Städtetagspräsident

Neben Corona drängten andere wichtige Themen nach Lösungen. „Klima, Wohnen, Verkehr, Digitalisierung, Soziales, Stabile Stadtgesellschaften seien unabdingbar für

Auftaktrede des turnusgemäß scheidenden Städtetagspräsidenten Oberbürgermeister Burkhard Jung, Leipzig (Foto: Paul Philipp Braun)





Handy-Schnappschuss von der Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel (Foto Paul Philipp Braun)

ein stabiles Land, betonte Jung. „Wir wollen vor Ort gestalten – in den Städten werden die Herausforderungen unserer Zeit angepackt.“ Dafür bräuchten die Städte genügend Handlungsspielräume und ein gutes Miteinander mit Bund und Ländern.

Als sehr wichtig für das Gelingen dieser Transformationen benannte Jung in seiner Rede die Akzeptanz der Bevölkerung. Die Klimawende etwa könne nur gelingen, wenn es soziale Ausgleichssysteme gebe, zum Beispiel für die Bezieherinnen und Bezieher niedriger Einkommen beim Wohngeld einen angemessenen Heizkostenzuschuss. „Klimaschutz darf nicht zur sozialen Frage werden“, fasste er seine Position dazu zusammen.

Jung äußerte Verständnis dafür, dass Menschen im Zuge der Pandemie erschöpft seien, wenn der Alltag und ganze Existenzen wegbrächen. Nicht hinzunehmen sei aber, wenn bewusst falsche Tatsachen und Lügen verbreitet und Demonstrationen genutzt würden, um zu spalten, und wenn Tausende ohne Maske andere Menschen und das Wohl der Gemeinschaft gefährdeten. Jung machte deutlich:

„Wer hetzt, wer Hass säht, wer verleumdet, wer die Demokratie gefährdet, wer Menschen anderer Kulturen und Religionen beleidigt, an-

feindet und bedroht – da hört die Meinungsfreiheit ganz einfach auf.“ Immer häufiger richteten sich antidemokratische, antisemitische, ausländerfeindliche, menschenverachtende Anfeindungen auch gegen kommunalpolitisch Engagierte und Ehrenamtliche in den Städten, sagte Jung: „Wer Menschen angreift, die sich für unser Gemeinwesen einsetzen, greift immer auch unsere freiheitliche und demokratische Gesellschaft an. Das dürfen wir nicht zulassen! Unser Gemeinwohl ist in Gefahr, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr engagieren wollen im Rat, bei der Freiwilligen Feuerwehr, im Eltern-Café für Migranten oder im Verein.“

Jung dankte den anwesenden Delegierten für ihr unermüdlich kraftvolles Wirken für Demokratie und Zusammenhalt. Mehr denn je komme es darauf an, Anstand vorzuleben, Haltung zu beziehen, Solidarität zu leben und der Kommunalpolitik und dem ehrenamtlichen Engagement den Rücken zu stärken.

Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel

„Ich bin immer gerne zum Städtetag gekommen, nutze aber jetzt diese digitale Möglichkeit, herzlich nach Erfurt zu grüßen und freue mich, dass ich als Bundeskanzlerin noch einmal zu Ihnen sprechen kann.“ Mit

diesen Worten begann Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Rede per Live-Schalt in die Messehalle. Sie bedankte sich für „16 Jahre eines konstruktiv-kritischen Miteinanders“ mit dem Deutschen Städtetag und lobte die Kommunen als das „Rückgrat des föderalen Systems“.

Städte und Kommunen hätten „bei der Aufnahme, Versorgung und Integration von Flüchtlingen besonders in den Jahren 2015 und 2016 Großartiges geleistet“ konstatierte die Kanzlerin und bedankte sich herzlich: „Diese Aufgabe hätten wir ohne sie nie bewältigen können.“ Natürlich habe es für Aufnahme und Unterbringung und für Integration der Menschen finanzielle Entlastung und Unterstützung von Bund und Ländern in Milliardenhöhe gegeben. Aber für diese Aufgaben nötig sei ja neben dem Geld „auch Zeit, Nervenstärke und Zuwendung hin zu denen, die zu uns gekommen sind. Das haben Sie in herausragender Weise bewältigt“, so Merkel

„Die vierte Welle trifft unser Land mit voller Wucht“ – mit diesen Worten charakterisierte sie die Corona-Situation. In den Kommunen führe die Pandemie zu „riesigen Herausforderungen“ etwa bei den Gesundheitsämtern. Deshalb gelte ihr Dank besonders den Beschäftigten in den Gesundheitsämtern „für ihren unermüdlichen Einsatz zur Pandemiebewältigung vor Ort“. Sie habe keinen Zweifel daran, dass wir uns mitten in einer epidemischen Notlage nationaler Tragweite befänden, auch wenn es für deren Fortsetzung keine rechtliche Mehrheit mehr gäbe, so die Kanzlerin. Doch unabhängig von dieser Frage müsse es darum gehen, etwas gegen das dramatische Infektionsgeschehen in Deutschland zu tun, um eine Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden. Merkel warb eindringlich für Impfungen, als „Weg heraus aus der Pandemie“. Sie sprach sich für „eine nationale Kraftanstrengung“ bei den Auffrischungsimpfungen aus, da der Impfschutz wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge nach spätestens sechs Monaten deutlich nachlasse.

Neben der akuten Pandemiebekämpfung hätten Bund, Länder und Kommunen aber auch noch viele andere wichtige Aufgaben, so die Bundeskanzlerin. Dazu zählten „viele, viele Bereiche unseres Lebens: Wohnraum,

Mieten und Bauen, Städtebauförderung einschließlich Innenstadtförderung, stabile Finanzen der Kommunen, kommunale Daseinsvorsorge, Infrastrukturen, Mobilität und nicht zuletzt die Stärkung des gesellschaftlichen Engagements.“ Merkel betonte, dass für „mehr Wohnraum, der nicht nur bedarfsgerecht, sondern auch bezahlbar ist“, eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen nötig sei. Das „was und wie wir bauen“ bestimme zudem das Stadtbild auf Jahrzehnte hinaus, so die Kanzlerin. Deshalb sei die Städtebauförderung als Instrument so wichtig, für die der Bund allein in diesem Jahr 790 Millionen Euro bereitgestellt habe. Sie wies auf den Projektauftrag „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ mit einem Programmvolumen von 250 Millionen Euro hin. Die damit finanzierten Projekte in teilnehmenden Städten seien wichtig, denn vor allem der Onlinehandel mache es zwingend erforderlich, an der Attraktivität der Innenstädte zu arbeiten.

„Sie verstehen und kennen die jeweilige Situation am besten. Sie wissen, wo der Schuh drückt.“

Bundeskanzlerin
Angela Merkel

Als weitere große Herausforderungen für die Städte benannte die Kanzlerin den Klimawandel, den demografischen Wandel, die Digitalisierung, solide Kommunalfinanzen, Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger „auf den Straßen, in den Wohnungen wie auch im Netz.“ Diese, wie viele weitere wichtige Aufgaben, gab sie sich überzeugt, seien „nur im Schulterschluss zwischen Bund, Ländern und Kommunen“ zu bewältigen. Entsprechend ermunterte, warb und bat Merkel zum Ende ihrer Rede die Städte um einen weiterhin engen Austausch mit dem Bund, denn, so Merkel wörtlich: „Sie verstehen und kennen die jeweilige Situation am besten. Sie wissen, wo der Schuh drückt“.



Erfurts Oberbürgermeister
Andreas Bausewein
(Foto: Dirk Urban)

Begrüßung durch Oberbürgermeister Andreas Bausewein

„Diese Stadt Erfurt, die ist wirklich etwas Besonderes.“ Mit dieser Liebeserklärung an seine Heimatstadt begrüßte der Gastgeber, Erfurts Oberbürgermeister Andreas Bausewein die Delegierten und Gäste. Kurzweilig begründete er mit historischen Fakten und Anekdoten, dass der Deutsche Städtetag mit Erfurt als Veranstaltungsort eine besonders gute Wahl getroffen habe. Er dankte für diese Entscheidung und forderte die Angereisten dazu auf, „in die Stadt hinauszugehen“ um sich umzuschauen.

„Wir haben den größten erhaltenen Altstadt-kern einer deutschen Stadt. Und das liegt daran, dass die Stadt in den letzten 80, 90 Jahren mehrfach richtig Glück hatte“, so Bausewein. Im zweiten Weltkrieg sei man einem schon geplanten Angriff britischer Bomber am 9. und 10. April 1945 nur um wenige Tage entronnen. Amerikanische Truppen hätten da schon so nah vor der Stadt gestanden, dass die Sorge überwog, die Verbündeten zu treffen. Nur 10 bis 15 Prozent Erfurts seien zum Kriegsende zerstört gewesen. Und auch „40 Jahre DDR, 40 Jahre ökonomische Not waren bis zu einem gewissen Grad ein besonders guter Denkmalschützer“, so der Oberbürgermeister augenzwinkernd.

Das Ende der DDR hätte mit Blick auf die stetig verfallende Bausubstanz aber auch nicht später eintreten dürfen: „Die Wende fünf Jahre oder zehn Jahre später, ich glaube, man würde von dieser Erfurter Innenstadt relativ wenig erkennen“, so Bausewein. Viel Geld sei seither sinnvoll eingesetzt worden für Sa-

nierungen, bis die Schattierungen des DDR-Graus der heutigen Schönheit gewichen seien. Unbedingt sehenswert, so Bausewein, sei die Krämerbrücke, „die älteste beidseitig bebauete und ganzjährig bewohnte Brücke nördlich der Alpen.“ Außerdem gäbe es in Erfurt die älteste erhaltene Synagoge Mitteleuropas. Aktuell versuche man, auf die Welterbeliste der UNESCO zu kommen. Wenn das gelänge, würde damit auch der Bekanntheitsgrad der Stadt Erfurt noch ein bisschen erhöht werden.

Wirtschaftlich habe Erfurt schwierige Zeiten überwunden, zeigt sich Bausewein hochzufrieden: „Die Arbeitslosigkeit in Erfurt beträgt aktuell gut 5 Prozent.“ Vor 16 Jahren seien es noch mehr als 23 Prozent gewesen. Jetzt sei man auf dem Weg zur Vollbeschäftigung und für ein lebendiges Stadtbild sorgten unter anderem auch die etwa 12.000 Studierenden von zwei Fachhochschulen.

„Wir müssen auch mal stolz sein auf das, was wir in diesem Land die letzten drei Jahrzehnte geleistet haben.“ Mit dieser Aufforderung beendet der Oberbürgermeister seine Rede, wünscht eine gute Tagung und Gesundheit und fügt als Bonmot hinzu: „Wenn jemand Erfurt so schön findet, dass er oder sie herziehen wollen – auch das ist möglich. Ein paar Wohnungen sind noch frei.“

Grußwort des Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow

„Ich freue mich, dass der Deutsche Städtetag zu Gast ist in dieser wunderschönen Stadt ist“ – mit diesen Worten begann Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow seine Rede an die Delegierten und Gäste der Hauptver-



Bettina Wilhelm, Landesbeauftragte für Frauen der Freien Hansestadt Bremen (Mitte) beim Forum D Gleichstellung – hier mit Oberbürgermeisterin Katja Dörner, Bonn, und Fernsehmoderatorin Anne Chebu (von hinten)
(Foto: Paul Philipp Braun)



Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim Forum D Gleichstellung
(Foto: Paul Philipp Braun)

Debatte im Forum B zum Klimawandel mit (v.l.n.r.) Dietmar Horn, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit; Simone Raskob, Beigeordnete der Stadt Essen und Vorsitzende des Umweltausschusses des Deutschen Städtetages; Moderator Dr. Frank Claus, Dialoggestalter (von hinten); Prof. Dr. Kai Niebert, Präsident des Deutschen Naturschutzrings
(Foto: Dirk Urban)



Podiumsrunde des Forums C zum Thema digitale Stadt mit (v.r.n.l.) Dr. Beate Ginzel, Referat digitale Stadt der Stadt Leipzig; Thomas Bönig, IT-Referent der Stadt München; Oberbürgermeister Jochen Partsch, Darmstadt, und Moderator Matthias Punz, Tagesspiegel Background Digitalisierung. (Foto Vitalik Gürtler)



Diskussion im Forum A zum Thema Wandel der Innenstädte mit (v.l.n.r.) Oberbürgermeister Claus Ruhe Madsen, Hansestadt Rostock; Angela Elis, Fernsehmoderatorin; Bürgermeister Steffen Mues, Siegen. (Foto: Paul Philipp Braun)





Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow
(Foto: Paul Philipp Braun)

sammlung in Erfurt. „Wir haben in diesem Jahr verrückte Zeiten“, so Ramelow. Für die Anwesenden sollte aber gelten „wir sollen uns nicht verrückt machen lassen“. Die schwierigen Corona-Zeiten verlangten einen klugen und klaren Kopf. Dazu müsse es gehören, die Aha-Regeln einzuhalten und gemeinsam fürs Impfen zu werben. „Impfen, Impfen, Impfen“.

Der Ministerpräsident zeigte sich besorgt angesichts der niedrigen Impfquote in Thüringen und angesichts der hohen Infektionslage. Er beklagte, dass fast ein Drittel der Bevölkerung in Thüringen „sich mit Fakten nicht mehr erreichen lässt“ und schilderte, wie 50 Menschen am 9. November bei einer Gedenkveranstaltung an die Reichspogromnacht von 1938 die Impfungen und Corona-Schutzmaßnahmen mit der Verfolgung der Juden im Dritten Reich gleichgesetzt hätten. Gegen diese Art von Anfeindungen müssten die Verantwortlichen im Land „über jede Parteilinie hinweg“ zusammenstehen, forderte Ramelow. „Diejenigen die ihr Amt ausfüllen, müssen es mit Kraft ausfüllen und müssen auch das Vertrauen darauf haben, dass das, was wir an Arbeit gemeinsam leisten, die Basis für Demokratie in unserem Land und die Basis für Freiheit und Entwicklung ist“, sagte der Ministerpräsident.

Ramelow erinnerte an die Eröffnung der Bundesgartenschau in Erfurt im Frühjahr 2021. Drei Tage vorher sei die Bundesnotbremse gekommen. Doch mit der Botschaft „im Frühjahr soll man raus“, und in vielen Gesprächen sei es gelungen, die Politik zu überzeugen, diese Bundesgartenschau als gesundheitspolitische Maßnahme zu nutzen. 1.5 Millionen Menschen, so Ramelow, hätten die Buga in

Erfurt bis zum Herbst besucht. Ein Großteil der investierten 183 Millionen Euro sei in den Erfurter Norden gegangen und habe dort einen Plattenbau-Wohnungsbestand aufgewertet. Mit dem Petersberg sei außerdem eine Jahrzehnte alte militärische Liegenschaft für die Allgemeinheit wieder erschlossen und nutzbar gemacht worden. Landschaftsplanung und Stadtentwicklung, eine Null-Prozent-Versiegelung, weniger Landschaftsverbrauch – viele Themen der Erfurter Buga seien auch die Themen der Städte und der Hauptversammlung des Städtetages.

Als Bundesratspräsident, so der Ministerpräsident, habe er das Jahr unter das Motto gestellt „Zusammen wachsen“. Das gelte nicht nur für Ost und West, sondern auch für Stadt und Land. Er forderte als bundesweites Projekt eine Mobilitätsgarantie. Dazu gehören müsse etwa der Ausbau des Schienen-Personenverkehrs, ein System von Straßenbahnen und Bussen, klug verzahnt, sowie Konzepte für die letzte Meile bis in das letzte Dorf, beispielsweise per Anruf-Sammeltaxi, mit Mitfahrangeboten oder Carsharing. „Wenn wir wollen, dass die Klimaziele erreicht werden, dann brauchen wir eine Investitionsoffensive, die in den Vordergrund stellt, wie kriegen wir eine Mobilitätsgarantie für die Bürger hin? Damit man weiß, wie man von A nach B kommt“, sagte Ramelow.

Der Ministerpräsident warb außerdem für die Einführung einer Kindergrundsicherung durch den Bund, die das gesamte Kindergeld-Fördersystem ersetzen solle, und für eine vom Bund über Steuern finanzierte Beitragsfreiheit für die Kindergartenbetreuung. Außerdem sprach er sich für eine Entlastung

Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages
(Foto: Paul Philipp Braun)



betroffener Städte von Altschulden aus, damit diese wieder handlungsfähig werden könnten.

Rede des Hauptgeschäftsführers Helmut Dedy

Die Städte sind bereit, die Transformation in wichtigen Zukunftsbereichen wie beispielsweise im Klimaschutz voranzutreiben. Und sie sind willens, ihre Verwaltungen agiler auf die künftigen Herausforderungen hin auszurichten. Das machte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, in seiner Rede während der Hauptversammlung des kommunalen Spitzenverbandes in Erfurt deutlich. „Die Städte wollen Veränderung für eine gute Zukunft – für einen höheren CO2-Preis, für die Kindergrundsicherung, für die Verkehrswende. Da sind sich die Städte einig – quer über alle Metropolen und kleine Städte, über Parteien, über alle Länder und Regionen.“

Ein zentrales Thema sei der Klimaschutz. Die Ziele kämen vom Bund, die Umsetzung laufe in den Städten, so Dedy. „Viele städtische Bereiche sind betroffen: Energetische Sanierung, Grün in der Stadt, Radwege, Umweltsachverständigen, Bus und Bahn, Frischluftschneisen. Die investive Herausforderung in den nächsten Jahren ist riesengroß.“ Für diese Veränderungen bräuchten die Städte gute Rahmenbedingungen, sagte Dedy: „Wir brauchen eine neue Verteilung der Steuereinnahmen. Es ist ein Riesenerfolg, wenn weltweit eine Mindeststeuer für Digitalunternehmen eingeführt wird. Aber wo landet das Geld? Beim Bund? Nein, wir wollen eine Beteiligung der Städte am Steueraufkommen. Gleiches gilt selbstverständlich für die

CO2-Abgabe.“ In Richtung der verhandelnden Koalitionsparteien machte er deutlich: „Ohne kommunale Investitionen kann die Ampel blinken wie sie will, die Klimapolitik des Bundes bleibt dann bloßes Papier.“

„Ohne kommunale Investitionen kann die Ampel blinken wie sie will, die Klimapolitik des Bundes bleibt dann bloßes Papier.“

Helmut Dedy,
Hauptgeschäftsführer
des Deutschen Städtetages

Um große Herausforderungen wie die Verkehrswende, die Digitalisierung und den Klimawandel in den Städten aktiv zu bewältigen, komme es außerdem auf ein agiles Arbeiten der Verwaltungen an. „Wir brauchen eine agile Verwaltung. Suchend, lernend, lebensnah und wendig genug, um mit neuen Anforderungen umzugehen.“

Das heiße auch, Unvorhersehbares zu bewältigen, neue Ziele schnell zu erkennen und im Miteinander zu erreichen. „Die Städte haben bewiesen, dass sie das können. Die Flüchtlingszuwanderung der Jahre 2015 und 2016 haben die Kommunen organisiert und gestaltet. Und auch die Pandemie werden wir schaffen. Lasst uns selbstbewusst sein“, sagte Dedy zum Abschluss seiner Rede.

Wahl der Städtetagsspitzen: Oberbürgermeister Markus Lewe erneut Städtetagspräsident

Am Abschlusstag der Hauptversammlung in Erfurt wählten die Delegierten den Münsteraner Oberbürgermeister Markus Lewe zum neuen Präsidenten des Deutschen Städtetages. Zum Vizepräsidenten gewählt wurde Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung. Er hatte das Präsidentenamt seit Juni 2019 innegehabt und gab es turnusmäßig ab.

Lewe ist seit 2009 Oberbürgermeister in Münster. Im Herbst 2020 gewann er dort zum dritten Mal die Direktwahl. Für ihn wird es die zweite Amtszeit als Städtetagspräsident – er stand bereits von Januar 2018 bis Juni 2019 an der Spitze des Deutschen Städtetages. Anschließend war er Vizepräsident. Lewe gehört dem Präsidium des Spitzenverbandes seit 2013 an.

Jung ist seit 2006 Oberbürgermeister der Stadt Leipzig und gehört dem Präsidium des

Deutschen Städtetages seit 2007 an. Seit 2013 war er bereits einer der stellvertretenden Präsidenten des Spitzenverbandes.

Zum ersten Stellvertreter wählten die Delegierten Oberbürgermeister Prof. Dr. Eckart Würzner aus Heidelberg. Er amtierte bereits seit 2019 als einer der Stellvertreter und gehört seit 2006 dem Präsidium des Städtetages an.

Als weitere Stellvertreterinnen und Stellvertreter wurden gewählt: Oberbürgermeisterin Katja Dörner aus Bonn, Oberbürgermeister Dr. Ulf Kämpfer aus Kiel, Oberbürgermeister Markus Pannermayr aus Straubing, Oberbürgermeister Pit Clausen aus Bielefeld, Oberbürgermeister Uwe Conradt aus Saarbrücken und Oberbürgermeisterin Katja Wolf aus Eisenach.

Neu in diesem Amt sind Oberbürgermeisterin Katja Dörner, die seit 2020 Mitglied im Präsidium ist, Oberbürgermeister Markus Pannermayr, seit 2013 Mitglied im Präsidium, Oberbürgermeister Pit Clausen, seit 2015

Foto: Vitalik Gürtler



Foto: Paul Philipp Braun



Foto: Vitalik Gürtler



Städtetagspräsident Oberbürgermeister Markus Lewe, Münster, und Städtetagsvizepräsident Oberbürgermeister Burkhard Jung, Leipzig, nach der Wahl (oben rechts) und im Kreis der Ehrenmitglieder (oben links) mit (v.l.n.r.) Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy; Oberbürgermeister a.D. Ulrich Maly und Ehefrau Petra, Nürnberg; Oberbürgermeisterin a. D. Roswitha Wilcken, Wismar, und Oberbürgermeister a.D. Herbert Schmalstieg, Hannover.

Überreichung der Urkunde zur Ehrenmitgliedschaft an Oberbürgermeister a. D. Ulrich Maly (links)

Der neu gewählte Städtetagspräsident, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, bei der Abschlussrede der 41. Hauptversammlung in Erfurt (Foto Paul Philipp Braun)



Mitglied im Präsidium, sowie Oberbürgermeister Uwe Conradt, der seit 2020 dem Präsidium angehört.

Abschlussrede des neuen Städtetagspräsidenten

In seiner Abschlussrede bedankte sich der neu gewählte Städtetagspräsident Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster bei den Delegierten für das Vertrauen und betonte noch einmal die Bedeutung der Städte. „Städte sind Teil davon, was unser Leben ausmacht,“ so Lewe und: „Wir werden die anstehenden großen Veränderungen gestalten müssen und gestalten wollen. Ohne die Städte geht es nicht.“ Diesen Aussagen folgend appellierte er an Bund und Länder: „Aufbruch geht nur gemeinsam! Achtet die Rolle der Städte als stabiler Anker wie als Impulsgeber. Schafft die notwendigen Spielräume vor Ort. Die Finanzpolitik von Bund und Ländern muss der zentralen Rolle der Städte Rechnung tragen.“ Das bedeute aus seiner Sicht auch, „keine neuen Aufgaben zu Lasten der Städte ohne Ausgleich, weg mit den Altschulden und genug Geld für Investitionen.“

Als ihm selbst besonders am Herzen liegend forderte Lewe, sich noch mehr um Bildung und lebenslanges Lernen zu kümmern und besonders bei den Kindern um die individuellen Zukunftschancen und Integration. Nötig sei ein Masterplan für einen nachhaltigen Digitalpakt im Bund. „Wir können nicht früh genug beginnen Medienkompetenz zu vermitteln und digitale Teilhabe sicherzustellen“, so Lewe.

Ein weiterer wichtiger Punkt sei die Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Denn, so

Lewe, bezahlbare Mieten und sozialer Wohnungsbau sorgten auch für den Zusammenhalt in einer Stadt. „Wir brauchen kommunale Bodenfonds, mit denen wir vor Ort steuern können, was und wann und wo gebaut wird. Wir brauchen weiterhin Vorkaufsrechte. Städte sind nicht irgendein Investor!“, so Lewe.

„Wir werden die anstehenden großen Veränderungen gestalten müssen und gestalten wollen. Ohne die Städte geht es nicht.“

Städtetagspräsident
Oberbürgermeister Markus Lewe,
Münster

Und bei den vielen anstehenden Transformationsprozessen wie Klimawandel, Mobilitätswandel und Innenstadtwandel müsse es außerdem ganz wesentlich darum gehen, wie sich die Menschen die Stadt der Zukunft selbst vorstellten, in der sie leben wollten. Technologien und Digitalisierung seien da zwar ein wichtiger, aber auch nur ein Teil der Antwort.

Uwe Schippmann
Referent des Deutschen Städtetages

Erfurter Erklärung zum Abschluss der 41. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages

1. Die Städte wollen die Lebensqualität vor Ort verbessern

Nur die Städte können mit ihrer gestaltenden Politik Orte schaffen, an denen sich die Menschen zu Hause fühlen. Die Städte wollen sichern und leisten, was das Leben ausmacht: Begegnung und Teilhabe im Alltag, im öffentlichen Raum, auf dem Spielplatz, im Stadion, im Verein, in kulturellen und sozialen Einrichtungen. Das Lebensgefühl der Menschen entscheidet über Identifikation und Teilhabe. Die Städte sind Impulsgeber und strahlen weit in die Region aus. Hier zeigt sich Veränderungsdruck, aber auch die kreative Kraft der Städte. Diese kreative Kraft wollen wir einbringen.

2. Die Städte wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern

Die Städte stehen ein für demokratische Werte, offenen Diskurs, Beteiligung, Vielfalt und Toleranz sowie Gleichstellung aller Geschlechter. Sie stellen sich ausdrücklich gegen Haltungen, die diese Werte nicht anerkennen und unterminieren, und damit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Stadtpolitik ist nah dran, kann Konflikte lösen und verhindern helfen. Die Gemeinwohlorientierung zeichnet die Städte aus, sie ist sinnstiftend, schafft die Grundlagen für ein gesellschaftliches Zusammenleben und die eigene Entfaltung. Stabile Stadtgesellschaften entstehen durch die Kraft aller und im gegenseitigen Respekt. Sie sind unabdingbar für ein stabiles Land. Die Stadt als Raum von Zusammenhalt steht und fällt mit der Glaubwürdigkeit der lokalen Politik. Das ist und bleibt unser Anspruch.

3. Die Städte wollen den Klimaschutz noch stärker vorantreiben

Die Weltklimakonferenz ist Aufforderung für die Städte, noch mehr und schneller Maßnahmen für den Klimaschutz anzugehen. Klimaschutz ist eine dringliche Aufgabe für alle. Wir Städte übernehmen Verantwortung. Die

Städte investieren in erneuerbare Energien und die energetische Gebäudesanierung, fördern Ressourcen- und Energieeffizienz und mildern die Folgen des Klimawandels vor Ort. Sie haben mit den Stadtwerken starke Partner und dezentrale Strukturen, um etwa bei den Wärmenetzen schneller CO₂-neutral zu werden und die Energiewende voranzutreiben. Der CO₂-Preis muss schnell auf mehr als 50 Euro pro Tonne Kohlendioxid angehoben und die Einnahmen müssen konsequent in den Klimaschutz gesteckt werden. Der höhere CO₂-Preis darf die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Wirtschaft und Gewerbe nicht über Gebühr belasten; Klimaschutz muss sozial gerecht ausgestaltet sein.

4. Die Städte wollen wirksamer umsteuern in der Verkehrspolitik

Der ÖPNV ist Motor und Taktgeber für eine nachhaltige Mobilität. Wir müssen mehr Anreize und wo nötig auch Regeln setzen, das Auto stehenzulassen. Das geht nur mit einem gut ausgebauten Netz von Bussen und Bahnen mit emissionsfreien Antrieben, einer engeren Taktung, attraktiven Angeboten sowie guten Verbindungen ins Umland. Fuß- und Radwege müssen einen höheren Stellenwert erhalten. Wir brauchen mehr Handlungsspielräume für autonome verkehrspolitische Entscheidungen vor Ort, z. B. bei Tempo 30. Der Güterverkehr muss nachhaltig abgewickelt werden. Für all das ist eine nie dagewesene gemeinsame Investitions offensive und das Erweitern von nachhaltigen Mobilitätsangeboten von Bund, Ländern und Kommunen nötig. Dafür braucht es einen Ausgleich der coronabedingten Einnahmefälle und eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel um mindestens 1,7 Milliarden Euro.

5. Die Städte wollen die Rahmenbedingungen für lebendige Zentren setzen

Wohnen, Leben, Arbeiten und Erleben ist die Vision für unsere Innenstädte. Die Städte

gestalten Plätze und Orte, an denen sich die Menschen gerne aufhalten und begegnen. Sie bringen die Akteure zusammen, schieben nachhaltige Investitionen in die Vielfalt von Nutzungen an, helfen dem Einzelhandel bei der Digitalisierung, fördern Kooperationen und schaffen Raum für kreative Lösungen. Über das Bundesprogramm Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren hinaus braucht es in den nächsten fünf Jahren Fördermittel von jährlich 500 Millionen Euro.

6. Die Städte wollen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen

Die Städte wollen steuern, was wann und wo gebaut wird. Kommunale Bodenfonds, in die auch Bund und Länder nicht mehr benötigte Grundstücke einbringen, helfen ebenso wie erleichterte Planungsverfahren. Grundstücke der öffentlichen Hand sind Teil des Gemeinwohls. Sie sollten an die Kommunen nur vergünstigt verkauft werden. Eine Zielmarke von 400.000 neuen Wohnungen jährlich ist richtig und ambitioniert. Von den 300.000 Wohnungen ohne Sozialbindung müssen mindestens 20 Prozent im preisgünstigen Bereich liegen.

7. Die Städte wollen Bildungschancen und Chancengerechtigkeit sichern

Von der Kita und schulischen Ganztagsangeboten über die Volkshochschulen bis hin zum Jobcenter schaffen die Städte die Voraussetzungen für individuelle Zukunftschancen, Integration und lebenslanges Lernen. Als Schulträger treiben sie die Digitalisierung in der Bildung voran. Ein Masterplan muss Zuständigkeiten und Finanzierung zwischen Bund, Ländern und Schulträgern neu festlegen und alle Bildungseinrichtungen einbeziehen. Medienkompetenz zu vermitteln und digitale Teilhabe sicherzustellen, ist eine Zukunftsaufgabe, die nur gemeinsam gelingen kann.

8. Die Städte wollen innovative und moderne Dienstleister sein

Wie Gesetze wirken, zeigt sich, wenn sie umgesetzt werden. Dabei kommt es auf Strukturen und Abläufe an, noch wichtiger aber ist die Kultur der Verwaltung. Werte und Tugenden

der öffentlichen Verwaltung müssen neu diskutiert werden. Wir brauchen und wollen beides, Stabilität und Kontinuität ebenso wie Neugier und Offenheit. Verwaltungsprozesse müssen durchgängig digitalisiert werden. Für einheitliche Bundesangelegenheiten sollte der Bund auch zentrale technische Prozesse und IT zur Verfügung stellen, zum Beispiel beim Führerschein, dem Personalausweis, Elterngeld und Wohngeld.

9. Die Städte wollen ihrer Rolle in Europa und der Welt gerecht werden

Entscheidungen vor Ort wirken schon längst nicht mehr nur lokal. Wir alle tragen Verantwortung für unseren Planeten und ein friedliches Zusammenleben. Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und die Leipzig Charta 2.0 sind dabei Richtschnur und Verpflichtung. Ohne die Städte im europäischen und globalen Schulterschluss ist die Jahrhundertaufgabe Klimaschutz nicht zu meistern. Die Städte leben Völkerverständigung und globale Solidarität vor. Ihre Rolle muss im europäischen Gesetzgebungsprozess und in der außenpolitischen Arbeit der Bundesregierung stärker gewürdigt werden.

10. Die Städte brauchen für all diese Ziele stabile Finanzen und Entscheidungsspielräume

Der Bedarf an Investitionen ist riesig. Die Städte sind unverändert größter öffentlicher Investor. Sie brauchen einen höheren Anteil am Steueraufkommen und einen Ausgleich der Einnahmeverluste durch Corona. Allein in den Jahren 2021 bis 2023 fehlen den Kommunen knapp 8 Milliarden Euro an Steuereinnahmen. Ein Einbruch der kommunalen Investitionen muss unbedingt verhindert werden. Die Finanzpolitik von Bund und Ländern muss der zentralen Rolle der Städte Rechnung tragen. Es darf keine neuen Aufgaben zu Lasten der Städte ohne Ausgleich mehr geben. Altschulden dürfen die Gestaltungsmöglichkeiten der betroffenen Städte nicht länger erdrücken. Förderprogramme müssen praktikabel ausgestaltet werden. Und wir brauchen viel größere Spielräume, selbst entscheiden zu können, was vor Ort erforderlich und gewünscht ist – etwa für nachhaltige Mobilität und Klimaschutz.

Deutscher Städtetag



Foto: Stadt Heidelberg, Hentschel



Foto: Marco Knopp

Dr. Ulf Kämpfer ist seit 2014 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel. Der Sozialdemokrat ist bereits seit 2019 Stellvertreter des Präsidenten.



Foto: Carsten Simon

Oberbürgermeister **Uwe Conradt** steht seit 2019 an der Spitze der Landeshauptstadt Saarbrücken.



Foto: Stadt Bernau bei Berlin

André Stahl (Die Linke) ist seit 2014 Bürgermeister der Stadt Bernau, die neues Mitglied des Deutschen Städtetages ist.

Zum ersten Stellvertreter des Präsidenten wurde Oberbürgermeister **Prof. Dr. Eckart Würzner**, Heidelberg, von den Delegierten der Hauptversammlung gewählt. Er amtierte bereits seit 2019 als einer der Stellvertreter.

Als weitere Stellvertreterinnen und Stellvertreter wurden gewählt:



Foto: Bundesstadt Bonn, Schafgans

Oberbürgermeisterin **Katja Dörner** (Bündnis 90/Die Grünen) steht seit 2020 an der Spitze der Stadt Bonn.



Foto: Barbara Rötzer

Oberbürgermeister **Markus Pannermayr** leitet seit 2008 die Geschicke der Stadt Straubing. Zudem ist er seit 2020 der Vorsitzende des Bayerischen Städtetages.



Foto: Stadt Eisenach, Michael Reichel (an)

Katja Wolf (Die Linke) leitet als Oberbürgermeisterin seit 2012 die Geschicke der Stadt Eisenach. Sie ist bereits seit 2019 Stellvertreterin des Präsidenten.

Der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages hat ins Präsidium gewählt:



Foto: Katrin Biller

Pit Clausen ist seit 2009 Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld. Der Sozialdemokrat ist zudem Vorsitzender des Städtetages Nordrhein-Westfalen.



Foto: Stadt Düren

Paul Larue stand als Oberbürgermeister von 1999 bis 2020 an der Spitze der Stadt Düren. Der Christdemokrat engagierte sich seit 2014 im Hauptausschuss und seit 2015 im Präsidium des Deutschen Städtetages.

Dr. Frank Nopper ist seit Februar 2021 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart.



Foto: Stadt Nürnberg, Christine Dierenbach

Dr. Ulrich Maly leitete als Oberbürgermeister von 2002 bis 2020 die Geschicke der Stadt Nürnberg. Der Sozialdemokrat war von 2013 bis 2014 Präsident und von 2014 bis 2018 Vizepräsident des Deutschen Städtetags. Außerdem war er ab 2002 Mitglied im Hauptausschuss und ab 2005 im Präsidium des Deutschen Städtetages. Zudem war er von 2011 bis 2017 Vorsitzender des Bayerischen Städtetages. Auf der Hauptversammlung wurde er am 17. November zum Ehrenmitglied des Deutschen Städtetages gewählt.



Foto: Stadt Bayreuth

Brigitte Merk-Erbe (Freien Wählervereinigung Bayreuther Gemeinschaft) war von 2012 bis 2020 Oberbürgermeisterin der Stadt Bayreuth. Sie engagierte sich ab 2014 im Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Stefan Voelker

Hans-Wilhelm Reiners stand als Oberbürgermeister von 2014 bis 2020 an der Spitze der Stadt Mönchengladbach. Der Christdemokrat war seit 2014 Mitglied im Hauptausschuss und von 2015 im Präsidium des Deutschen Städtetages.



Foto: Steffen Media

Bürgermeister **Stefan Weigler** steht seit 2008 an der Spitze der Stadt Wolgast. Der Christdemokrat engagierte sich seit 2011 im Präsidium des Deutschen Städtetages.



Foto: Gelesch Uwe

Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA): Karin Welge, Oberbürgermeisterin der Stadt Gelsenkirchen wurde im November vom VKA zur neuen Präsidentin gewählt. Sie tritt das Amt am 1. Januar 2022 an. Die Sozialdemokratin engagiert sich seit 2020 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Manuela Strube wird neue Bürgermeisterin der Stadt Baunatal. Die Sozialdemokratin tritt ihr Amt voraussichtlich am 1. Januar 2022 an. Sie folgt auf Silke Engler, die das Amt seit 2018 inne hat.

Geburtstage



Foto: Stadt Mühlhausen

Dr. Johannes Bruns, Oberbürgermeister der Stadt Mühlhausen, wird am 28. Dezember 55 Jahre alt. Der Sozialdemokrat steht seit 2012 an der Spitze der Stadt Mühlhausen.



Foto: Stadt Sassnitz

Frank Kracht (Die Linke), Bürgermeister der Stadt Sassnitz, wird am 30. Januar 55 Jahre alt. An der Spitze der Stadt steht er seit 2015.



Foto: Landeshauptstadt Mainz

Oberbürgermeister **Michael Ebling**, Stadt Mainz, feiert am 27. Januar seinen 55. Geburtstag. Der Sozialdemokrat leitet seit 2012 die Geschicke der Stadt Mainz. Seit 2014 engagiert er sich im Präsidium des Deutschen Städtetages.

Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de